

KONFERENZ DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS

Anfang Dezember fand an einem Ort in Österreich die erste Konferenz der IKÖ mit folgender Tagesordnung statt:

1. Eröffnung und Gedenken
2. Wahl des Vorsitzenden
3. Überprüfung der Mandate
4. Wahl des Wahlkomitees
5. Berichte und Referate
 - a) Einreichung der Anträge
 - b) Kassa
 - c) Organisation
 - d) Presse
 - e) Propaganda
 - f) Internationale
 - g) Politik
6. Organisationsstatut
7. Wahl der Leitung

Die einzelnen Punkte der Tagesordnung wurden programmäßig abgewickelt. Wir veröffentlichen nachstehend alle von der Konferenz angenommenen Resolutionen und die wichtigsten der gefaßten Beschlüsse.

AUFRUF DER KONFERENZ AN DIE WELTARBEITERKLASSE

An die 4. Internationale,
an alle ihre Sektionen,
an alle sympathisierenden Gruppen und Organisationen,
an die Arbeiter aller Länder!

Mehr als eineinhalb Jahre sind seit dem Sturz des Naziregimes in Österreich und Deutschland vergangen. Aber noch immer wird Österreich und insbesondere Deutschland von den Truppen der "alliierten" Mächte besetzt gehalten. Die Hauptlast dieser Besetzung trifft die werktätigen Massen, vor allem das Proletariat.

Die Internationalen Kommunisten Österreichs (IKÖ) führten und führen den Kampf für den Abzug aller Besatzungstruppen nicht im Geiste der nationalen Beschränktheit, auf patriotisch-chauvinistische Weise, in Anpassung an die eigene Bourgeoisie, wie dies die SP macht, oder, auf nur viel heuchlerischere Weise, die Stalinparteien. Die IKÖ wiesen und weisen im Gegenteil immer darauf hin, daß die Tatsache der Besetzung nur imstande ist, die chauvinistischen, faschistischen Tendenzen zu stärken. Die IKÖ wiesen immer darauf hin, daß die Besatzungssoldaten selbst nur unsere Arbeiterbrüder aus USA, England, Frankreich wie aus der SU sind. Sie führten, führen und werden führen den Kampf für den Abzug aller Besatzungstruppen im Geiste des proletarischen Internationalismus, der Verbrüderung der Arbeiter aller Länder, ihres Kampfbündnisses gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker wie gegen die entartete Sowjetbürokratie.

Unser Kampf für den Abzug aller Besatzungstruppen ist so wie der Kampf des Proletariats der anderen besetzten Länder, besonders des deutschen Proletariats, dem wir uns brüderlich verbunden fühlen, nur der Kampf gegen die Verletzung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes jeden Volkes, der Kampf für die tatsächliche Ausnutzung des demokratischen Kampfbodens durch die unterdrückten

Massen zum Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, ein Teil unseres Kampfes für die demokratischen Rechte der Massen, für die freie Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes.

Diesen Kampf in internationalem Geist führen heißt aber, daß in erster Linie das Proletariat der die Besetzung durchführenden Länder berufen ist, seine Stimme gegen die eigenen Unterdrücker zu erheben und sie zu zwingen, die Besatzungstruppen abzuziehen. Kein Volk kann wahrhaft frei sein, das ein anderes Volk unterdrückt, das die eigenen Unterdrücker nicht daran hindert, andere Völker zu unterdrücken.

Daher appellieren die IKÖ besonders an das amerikanische, englische, französische Proletariat, das Proletariat Österreichs, besonders aber Deutschlands, zu dem sich das österreichische Proletariat rechnet und immer rechnen wird, in seinem Kampf für den Anzug aller Besatzungstruppen tatkräftig zu unterstützen. Sie appellieren besonders an die Sektionen der 4. Internationale dieser Länder, das Augenmerk des Proletariats auf die Tatsache der andauernden Besetzung zu lenken und zu kämpfen für den sofortigen bedingungslosen Abzug aller Besatzungstruppen unter dem Hauptgesichtspunkt, daß die Besetzung eine Verletzung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes bedeutet, daß sie die freie Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes behindert.

Die IKÖ sind überzeugt, daß die Bolschewiki-Leninisten in der USSR, daß das russische Proletariat in dem Grade, als es die Bedingungen der bürokratischen Diktatur erlauben, ihre Stimme für die Rücknahme der Sowjettruppen aus den besetzten Ländern erheben als einzigem Mittel, die imperialistischen Unterdrücker vor den Massen zu entlarven und die Massensympathien zur USSR wiederherzustellen, durch das Vorangehen der USSR in der Frage der Aufhebung der Besetzung dem proletarischen Klassenkampf freie Bahn zu geben.

Die IKÖ richten schließlich ihren Ruf an die Arbeiter aller Länder, den deutschen wie dem österreichischen Proletariat, dem Proletariat aller besetzten Länder in seinem Kampfe um das freie Selbstbestimmungsrecht beizustehen im Geiste des proletarischen Internationalismus, im Geiste des Schlachtrufes des Kommunistischen Manifestes:

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

INTERNATIONALE KOMMUNISTEN
ÖSTERREICHS
(Sektion der 4. Internationale)

=====

POLITISCHE RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE

DIE LAGE UND UNSERE AUFGABEN

(Von der Konferenz einstimmig angenommen)

I. Die Lage des Weltkapitalismus.

1. Der zweite imperialistische Weltkrieg hat die Widersprüche des Weltkapitalismus unerhört verschärft. Er hat ^{zu} einer derart gigantischen Vergrößerung der kapitalistischen Produktivkräfte geführt, vor allem in den USA, daß trotz der Zerstörung der Produktivkräfte zweier solcher Mächte wie Deutschland und Japan und der Verwüstung fast ganz Europas der gewonnene Spielraum für die profitable Betä-

tigung dieser riesigen Produktivkräfte schon wieder zu eng zu werden droht. Der grundlegende Widerspruch zwischen der ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte und profitablen Absatzmöglichkeiten läßt heute bereits am Horizont eine neue Weltwirtschaftskrise auftauchen.

2. Gegenwärtig läßt eine Hochkonjunktur, die vor allem von USA und England getragen ist, aber auch verschiedene Länder Europas erfaßt hat. Die USA sind heute in der Lage, infolge der riesig gesteigerten Produktivkräfte den gesamten Weltbedarf allein zu decken. England ist gezwungen, um nicht endgültig auf dem Weltmarkt gewaltig an Terrain zu verlieren, mit äußerster Anspannung und Mühe seinen Export zu halten und zu steigern. Der Wettlauf um die Märkte ist im vollen Gange. Heute fürchten aber selbst die weitsichtigsten Kapitalisten schon die kommende Krise und suchen "vorbeugende" Mittel zu schaffen (Jahreslohn in den USA, Zurückstellung öffentlicher Arbeiten usw.). Aber alle diese Mittel und Mittelchen werden und müssen vor der Gewalt der nahenden Krise versagen. Sie wird frühestens Ende 1947, spätestens 1948/49 hereinbrechen und von den USA ihren Ausgang nehmen. Gegen sie wird sich die Weltkrise von 1929/32 wie ein Kinderspiel ausnehmen.

3. Die neu herannahende Weltkrise wird den vollen Bankrott des Weltkapitalismus nur neuerlich manifestieren. Dem ungeheuren Reichtum einiger weniger Finanzoligarchien wird das unermeßliche Elend der breiten Massen der Werktätigen, das Versinken der Weltmassen in Hunger und Not gegenüberstehen.

4. Heute schon steigert sich das Elend der Massen ins Unerträgliche in jenen Ländern, deren Kapitalistenklasse im Kampf um die Außenmärkte den Innenmarkt links liegen läßt, was die Massen mit Not, Teuerung usw. bezahlen. Gleichzeitig ist die Kapitalistenklasse in allen Ländern bestrebt, den Massen die Kosten dieses Krieges wie des "Wiederaufbaues" aufzubürden, was besonders in den besiegten Ländern zum niederdrückendsten Massenelend führt.

II. Die Lage der Sowjetunion.

5. Durch den Krieg ist die SU fürchterlich geschwächt, zurückgeworfen worden. Ihre Produktivkräfte wurden zu 50% vernichtet. Stalins "Sozialismus in einem Lande" erleidet den vollen Bankrott. Die stalinsche Raubpolitik in Europa und Asien soll diesen Bankrott den Massen verbergen, soll die materiellen Verluste der SU infolge des Krieges verkleinern helfen auf Kosten der Massen der besetzten Länder. Allein das kann aber den völligen Zusammenbruch des Stalinregimes nur hinausschieben.

6. Im Inneren hat der Krieg zu einer weiteren Verschärfung des Gegensatzes von Stalinbürokratie und Massen geführt. Innerhalb der Bürokratie hat sich die Militärkaste hochgehoben und strebt nach dem unverhüllten Kommando. Sie scheint am ehesten prädestiniert, als Anwalt der Elemente einer sich bildenden neuen Ausbeuterklasse, die sich im Krieg ebenfalls verstärkten, aufzutreten.

7. Andererseits hat aber der Krieg das Selbstbewußtsein der Massen gehoben, ihre Initiative gestärkt, ihnen neue Erfahrungen vermittelt und so ihren Gegensatz zum bürokratischen Regime scharf zugespitzt. Die Stalinbürokratie versucht, die wachsende Massenopposition durch außenpolitisches Aufstrumpfen, durch Hinopferung von Sündenböcken, "Reinigungen" des bürokratischen Stalles usw. abzurufen.

8. Die neuerlichen fürchterlichen Anstrengungen, welche die Bürokratie als Folge ihrer verräterischen Politik den Massen aufzu-

erlegen gezwungen ist, werden den scharfen Gegensatz zwischen ihr und den Massen auf die Spitze treiben, sie zum Sturz überreif machen. Es ist kein Zweifel, daß der Sturz der Bürokratie durch das Proletariat Bürgerkriegscharakter haben wird, wobei das Proletariat auch die neuen aufstrebenden Ausbeuterelemente wird niederringen müssen.

III. Weltimperialismus und Sowjetunion.

9. Durch den Ausgang des Krieges sind zwar die zwei unmittelbaren Anrainer der SU, Deutschland und Japan, zu Boden geschleudert worden, aber sie steht andererseits vor der Tatsache, daß die imperialistischen Differenzen zurücktreten gegenüber dem gesamtimperialistischen Gegensatz zur SU. Unter Führung des USA-Imperialismus formiert sich die allimperialistische Front gegen den tiefst entarteten ersten Arbeiterstaat, welchen die verbrecherische Stalinpolitik noch dazu im gleichen Moment der aktiven Sympathien der Weltmassen beraubt hat wie noch nie.

10. In diesem scharfen Antagonismus von Weltimperialismus und SU spiegelt sich der trotz aller tiefen bürokratischen Entartung der SU unversöhnliche Gegensatz von Imperialismus und den der Oktoberrevolution entstammenden Eigentumverhältnissen wider. Im Falle des Krieges wird das Proletariat diese Eigentumverhältnisse bedingungslos gegen den Imperialismus verteidigen.

11. Der einzige Umstand, welcher der Stalinbürokratie noch gestattet, gegenüber dem Weltimperialismus zu laviieren, ist die der SU objektiv zu Hilfe kommende tiefe Gesamtkrise des Weltkapitalismus, die ihr entspringenden Massenbewegungen in Europa, Amerika und den Kolonien.

12. Die nächste Etappe der Auseinandersetzung zwischen Weltimperialismus und SU wird weiters die Sichtbarmachung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses zwischen beiden bringen, das aber nicht nur vom ökonomischen Potential, sondern in noch viel höherem Maße von der Entwicklung der internationalen Revolution bestimmt wird.

IV. Die gegenwärtigen Klassenbeziehungen.

13. Die Bourgeoisie ist bestrebt, ihren Rückzug vor den durch den Krieg revolutionierten Massen zu beenden; sie bereitet sich vor, die ihr abgerungenen Konzessionen zurückzuziehen und ihre Offensive gegen die Massen in Schwung zu bringen. Sie ist aber immer noch gezwungen, auf die tiefe Unzufriedenheit der Massen Rücksicht zu nehmen und die Massen mit den Mitteln des Betrug, der Narkose zu hintergehen, wobei sie sich der von den Massen hochgehobenen SP/Stalinparteien bedient. Doch lauert sie auf den Moment - und führt in dieser Richtung eine zielbewusste Politik - wo sie sich der Hilfe dieser kleinbürgerlichen Lakaien, vor allem der Hilfe der Stalinparteien, entledigen kann. Dies gilt vor allem für die schwachen und schwächeren Glieder der imperialistischen Kette, wo die Bourgeoisie, um den Massen zur Ader zu lassen, die demokratischen Formen ihrer Herrschaft zu liquidieren je eher je lieber entschlossen ist. Doch ist die Bourgeoisie noch nicht in der Lage, den offenen Zusammenstoß mit den Massen wagen zu können.

14. Die Mittelmassen, die nach Kriegsende nach links schwankten, zeigen heute eine abwartende Haltung, unterbrochen von Schwankungen nach links und rechts. In ihrer Mehrheit folgen sie den neu entstandenen bürgerlichen "Zentrums"parteien, die selbst nur Agenten des Finanzkapitals sind und wachsende Tendenz zeigen, sich diesen offen unterzuordnen. In den Ländern, wo sich die stalinschen Besatzungsmethoden auswirken, haben sich die Mittelmassen in ihrer

Mehrheit den alten bürgerlichen (oder an ihre Stelle getretenen) Parteien zugewandt. In derselben Richtung wirkt aber die verräterische Politik von SP/Stalinparteien, welche außerstande ist, den Mittelmassen auf Kosten der Bourgeoisie radikal zu helfen und sie deshalb letzten Endes nach rechts, zur Bourgeoisie zurücktreibt. Der Teil, der heute schon der Bourgeoisie und ihren Plänen nach Aufrichtung der offenen Diktatur folgt, ist relativ klein. Doch sind bei ungestörtem Weitergehen von SP/Stalinpolitik sprunghafte Änderungen in der Haltung der Mittelmassen möglich: ihr volles Abschwenken nach rechts kann der Bourgeoisie die notwendige Massenbasis für die offene Diktatur abgeben. Noch haben sich die Mittelmassen nicht endgültig, nicht für eine längere Periode entschieden. Die objektive Lage treibt die Mittelmassen nach links, doch ohne entschlossene, kühne Politik des Proletariats werden sie ihm wieder den Rücken kehren und der Schlinge des Großkapitals verfallen.

15. Das Proletariat wurde durch den Krieg im Weltmaßstab tief revolutioniert, hat aber, infolge der Schwäche des subjektiven Faktors, der sichtbar handelnden revolutionären Partei, sein Vertrauen vorerst den kleinbürgerlichen Verratsparteien SP und Stalinpartei zugewendet. Es hat seit Kriegsende noch keine entscheidende Niederlage erlitten. Durch die objektive Lage und ihre Auswirkungen wird es immer wieder nach links getrieben, doch verhindert die verräterische Politik von SP/Stalinpartei, daß es seine revolutionäre Kraft entfaltet und den ganzen Massen der Werktätigen den einzigen Weg aus dem kapitalistischen Elend weist: den Weg der proletarischen Revolution. An seinem linken Flügel beginnt die Unzufriedenheit mit der verbrecherischen Politik von SP/Stalinpartei zu erwachen und zu wachsen. Die entschlossensten und bewußtesten Elemente der Klasse beginnen, sich der 4. Internationale zuzuwenden als der einzigen Partei, die imstande ist, die durch SP/Stalinpartei/Gewerkschaftsbürokratie gebundene, gelähmte Kraft des Proletariats freizusetzen und auf den Weg der revolutionären Aktion zu lenken.

V. Der Bankrott der Sozialdemokratie.

16. Trotz des gegenteiligen Anscheins ist die SP (Sozialdemokratie, Laborparty, Gewerkschaftsbürokratie) bankrott. Was diesen Bankrott heute noch verdeckt, ist der ebenso grandiose Bankrott des Stalinismus, dessen Auswirkungen heute vorläufig noch der SP zugutekommen. Der Bankrott der SP hat seine Wurzel im Bankrott des Kapitalismus, im Bankrott seiner demokratischen Herrschaftsform, der bürgerlichen Demokratie.

17. Der Bankrott der bürgerlichen Demokratie wurzelt in der Unmöglichkeit für den sterbenden Kapitalismus, sein Profitsystem weiter unter demokratischen Formen aufrechtzuerhalten, die dem Proletariat immerhin bessere Kampfmöglichkeiten bieten. Die bürgerliche Demokratie wird mehr und mehr zu einem Luxusartikel, tragbar nur für jene allerreichsten kapitalistischen Länder, die fast die ganze Welt ihrer Ausbeutung unterworfen haben. In den anderen Ländern, vor allem Europas, existiert sie trotz aller scheinheiligen Versicherungen der Bourgeoisie nur dank der Furcht derselben Bourgeoisie vor den Massen, ist sie nur mehr eine schmerzliche Konzession der verfaulenden Bourgeoisie an die in Bewegung geratenen Massen.

18. Diese geschichtliche Wurzel des Verfalls der bürgerlichen Demokratie - Ursache ihres eigenen Untergangs - ist die SP außerstande zu erkennen. Die an ihrer Spitze stehenden kleinbürgerlichen Bürokraten sind ebensowenig imstande, den einzig ret-

tenden Weg der revolutionären Massenaktion zu beschreiten, die Massen auf ihn zu führen. Sie sind und bleiben bankrotte Lakaien ihres ebenso bankrotten kapitalistischen Herren, gebunden an ihre Verratslinie der Klassenzusammenarbeit.

19. Dieser geschichtliche Bankrott der SP, der 1914 begann, ist dank dem stalinschen Verrat trotz der grandiosen Verrätereien in der Vergangenheit den Massen noch nicht sichtbar. Aber seine Auswirkungen sind heute und künftig keine anderen als in der Vergangenheit: katastrophale Niederlagen für das Proletariat.

20. Der "demokratische Sozialismus" ist nichts als eine kleinbürgerliche Illusion und erweist sich in der Praxis als elendes Flickwerk am kapitalistischen Wrack. Angesichts der Notwendigkeit der Bourgeoisie, die demokratischen Formen ihrer Herrschaft zu liquidieren, angesichts der Erfahrungen mit Faschismus und Bonapartismus, der ganzen Erfahrungen der hinter uns liegenden Periode noch vom demokratischen Stimmsittelweg zum Sozialismus zu reden, können nur verknöcherte Bürokraten, die in Wahrheit die Behauptung ihrer bürokratischen Positionen im Auge haben.

21. Der innere Bankrott der SP ist Tatsache. Es gilt, ihn auch äußerlich den Massen sichtbar zu machen. Das ist nur die revolutionäre Partei des Proletariats, die 4. Internationale imstande, die den Massen an Hand von deren eigener Erfahrung den Weg aus dem kapitalistischen Chaos heraus durch die revolutionäre Aktion weisen muß.

VI. Der Bankrott des Stalinismus.

22. Der Bankrott des Stalinismus, der Stalinparteien ist eine ebenso feststehende Tatsache. Er wurzelt in der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande. Die "Theorie" vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande war nichts anderes als das Feigenblatt, mit welchem die entartete Sowjetbürokratie ihre Usurpation deckte. Die bürokratische Allmacht hat die SU an den Rand des Abgrunds gebracht, ist die Wurzel der heutigen Raubpolitik der SU. Die Stalinbürokratie hat überall die Stalinparteien in Lakaien der Bourgeoisie verwandelt, deren Aufgabe es ist, die Bourgeoisie zu einem der Stalinbürokratie genehmen außenpolitischen Kurs zu bewegen. Mißlingt ihnen dies, so verbleiben sie in einer durch und durch verräterischen "Opposition".

23. Der stalinsche Verrat trägt die Hauptschuld an den katastrophalen Niederlagen des Weltproletariats in den letzten zwei Jahrzehnten. Er hat das revolutionäre Vertrauen der Weltmassen zur SU vollkommen zerstört und sie so der einzigen wirklichen Stütze und Hilfe gegen den Weltimperialismus beraubt. Durch die schamlose Raubpolitik der Annexionen, Reparationen und Deportationen von heute kompromittiert die Stalinbürokratie den Kommunismus in den Augen der Massen.

24. Trotz der hohen Wahlziffern, welche die Stalinparteien in einigen Ländern, wo ihr Opportunismus noch nicht so durchschaubar für die Massen ist, erhielt, ist der Stalinismus bankrott. Wie die SP weiß die Stalinpartei den Massen keinen anderen Weg als den der kastrierten bürgerlichen Demokratie zu weisen, oder den der "Volksdemokratie", die nur unter direkter Protektion der russischen Bürokratie aufzurichten ist, die Massen dem bürokratischen Kommando unterwerfend.

25. Der offene Bankrott des Stalinismus beginnt sich heute bereits zu zeigen in jenen Ländern, wo die Massen am eigenen Leib Erfahrungen mit den verbrecherischen stalinschen Besatzungsmethoden

machten. In diesen Ländern wenden die Massen ihr Vertrauen der genau so untauglichen SP, wenn nicht gar den bürgerlichen Parteien zu. So erweist sich der bankrotte Stalinismus noch als Zutreiber von SP und Bourgeoisie.

26. Aber auch in jenen Ländern, wo die Stalinparteien noch Auftrieb haben, ist ihr offener Bankrott unvermeidlich. Wie die SP-Politik gerät auch die Stalinpolitik in immer größeren Widerspruch zu den Massen, deren Grundinteressen nicht mittels kleinbürgerlicher Politik, sondern nur mit revolutionärer Klassenpolitik durchzusetzen sind. Diesen Widerspruch klar sichtbar zu machen, den heute noch verhüllten Bankrott in den offenen, den Massen sichtbaren zu verwandeln, kann nur die revolutionäre Klassenpartei, die 4. Internationale, ihre revolutionäre Politik.

VII. Die Perspektiven.

27. Dank des beispiellosen Verrates von SP und Stalinparteien konnte die Weltbourgeoisie den zweiten imperialistischen Weltkrieg ohne ernstliche revolutionäre Bedrohung ihrer Herrschaft beenden. Beides verlegten dem Proletariat durch ihre verräterische Politik der Klassenzusammenarbeit mit den Kapitalisten den einzigen Weg, der aus dem imperialistischen Krieg, aus dem kapitalistischen Chaos allein herausführen kann: den Weg der proletarischen Revolution.

28. Die scharfen Widersprüche des sterbenden Kapitalismus stellen jedoch nach wie vor die proletarische Revolution auf die geschichtliche Tagesordnung. Gerade ihr durch SP und Stalinpartei, ihre verräterische Politik verursachter Nichtvollzug führt in Ländern wie Frankreich, Italien zu den fortwährenden Krämpfen und Zuckungen; verhindert das revolutionäre Erwachen und Erstarken der deutschen Arbeiterklasse, hilft den Imperialisten, Europa zu zersplittern, das Proletariat in Ohnmacht zu erhalten.

29. Die laufende Hochkonjunktur wird die besiegten und halbbesiegten Länder nur wenig in ihren Bereich ziehen. Manche dieser Länder werden aus ihrer gegenwärtigen Krise in die herannahende Weltkrise hineingezogen werden. In diesen Ländern (vor allem Frankreich, Italien) bleiben daher scharfe Klassenzusammenstöße an der Tagesordnung, die objektiv die Frage nach der proletarischen Revolution stellen.

30. Die in frühestensbinnen, spätestens drei Jahren hereinbrechende Weltkrise wird aber objektiv erst recht die Frage der proletarischen Revolution stellen. Dieser kommenden Krise wird die Weltbourgeoisie zuvorzukommen, zu entinnen versuchen durch den neuen imperialistischen Krieg: dem imperialistischen Überfall auf die SU. Durch ihre Zerstörung soll neuer Markt für die Kapitalisten geschaffen werden, neuer Spielraum für die kapitalistischen Produktivkräfte, und gleichzeitig soll durch die Vernichtung der letzten Reste des Oktobers, die blutige Niederwerfung der russischen Arbeiterklasse dem Weltproletariat, der Weltrevolution, eine katastrophale Niederlage beigebracht werden.

31. Die vor uns liegende Etappe wird erfüllt sein von scharfen Klassenzusammenstößen, von immer erneuten Vorstößen der Massen gegen die kapitalistischen Raubangriffe, vor allem in jenen Ländern, welche die schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette darstellen: vom Bestreben der Bourgeoisie, besonders dieser Länder, die demokratischen Konzessionen an die Massen zurückzunehmen, die offene oder halboffene Diktatur aufzurichten, um die kapitalistische Offensive gegen die Massen ungehemmt durchführen zu können. Die kommenden Kämpfe stellen somit die proletarische Revo-

lution nach wie vor auf die Tagesordnung, als einzigen Ausweg für Proletariat und arme Mittelmassen. Selbst die Behauptung der geringsten Konzessionen der Bourgeoisie, der geringsten Errungenschaften der Arbeiterklasse, die Behauptung und Verteidigung des demokratischen Kampfbo- dens sind ohne revolutionärer Politik des Proletariats, ohne Entfaltung des Massenkampfes unmöglich. Noch weniger ist eine Verbesserung der Lage der Massen, des demokratischen Kampfbo- dens ohne revolutionärer Politik möglich. Diese aber muß gipfeln in der Aufrichtung der proletarischen Diktatur, welche allein erst imstande ist, die Not der Massen zu bannen und die sozialistische Demokratie für die Unterdrückten herzustellen, die gestürzten Ausbeuter aber schonungslos niederzuhalten.

32. Die revolutionäre Perspektive bleibt daher vollkommen aufrecht. Sie wird durch den ~~zug~~ der kommenden Kämpfe erst recht erhärtet werden. Ihre Verwirklichung hängt einzig und allein von der Kraft, der richtigen Politik der revolutionären Partei, der 4. Internationale ab. Dabei können vorübergehende Teilsiege der Bourgeoisie die Gesamtperspektive nicht ändern, sondern nur die Fristen verschieben. Überhaupt muß mit einer äußerst widerspruchsvollen Entwicklung der Kämpfe, einer widerspruchsvollen Lage auf den einzelnen Kampfschauplätzen selbst gerechnet werden, die den raschen Wendungen innerhalb der einzelnen, von der kapitalistischen Niedergangskrise in verschiedenem Grade erfaßten Ländern entspringt.

33. Die Versuche der Bourgeoisie, die Massenoffensive heute mittels SP/Stalinpartei/Gewerkschaftsbürokratie zu bremsen, morgen aber zur direkten Offensive überzugehen, können zur unmittelbaren konterrevolutionären Gefahr nur werden bei anhaltender Schwäche der revolutionären Partei. Noch ist diese Gefahr nirgends unmittelbar gegeben. Sie zu überschätzen ist ebenso gefährlich wie sie zu unterschätzen. Die konterrevolutionäre Variante tritt heute noch hinter die revolutionäre zurück. Die revolutionäre Perspektive zu verwirklichen, müssen wir unsere ganze Kraft in die Waagschale werfen.

VIII. Die Aufgaben in der unmittelbar vorliegenden Kampfetappe.

34. Die nächste, unmittelbar vorliegende Kampfetappe stellt folgende Aufgaben:

- a) Kampf für die Verteidigung, Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter wie armen Mittelmassen auf Kosten der gesamten Bourgeoisie;
- b) Kampf gegen die Abwälzung der Kriegs- und "Wiederaufbau"-Kosten auf die Massen, wie dies die Bourgeoisie will und SP/Stalinpartei, wenn auch verschleiert, zulassen;
- c) Kampf gegen jede Verschlechterung des demokratischen Kampfbo- dens, Kampf für die volle Durchsetzung der demokratischen Rechte der Massen.

35. Die Lösung der unmittelbar vorliegenden Aufgaben wie der proletarischen Grundaufgabe der Ergreifung der Macht durch das Proletariat setzt die Schaffung, Stärkung der revolutionären Partei des Proletariats voraus. Damit sie den Kampf erfolgreich führt, ist notwendig:

- a) ihn prinzipiell gegen die gesamte Bourgeoisie auszurichten;
- b) ihn außerparlamentarisch zu führen, ohne darauf zu verzichten, die Parlamentstribüne zur Mobilisierung der Massen auszunützen;
- c) gegenüber SP/Stalinpartei, denen noch die Mehrheit der Arbeiterklasse das Ohr schenkt, eine geschmeidige, biegsame Taktik, vor allem die des Peim-Wort-Nehmens, der Forderung nach wirklichem Kampf für die von ihnen entwickelten Programme, der

- Kampfeinheitsfront gegen die Bourgeoisie anzuwenden;
- d) während aller Kampfetappen von Anfang an die revolutionäre Kritik an SP/Stalinpartei an die Arbeiter heranzutragen, welche ihnen klarlegt, daß weder SP noch Stalinpartei als kleinbürgerliche Verratsparteien instande sind, die Grundinteressen der Arbeiterklasse und der armen Mittelmassen gegenüber der Bourgeoisie durchzusetzen;
 - e) während aller Kampfetappen von Anfang an die revolutionäre Kritik an den Tageslosungen sowohl wie an den Übergangslosungen aussprechen unter dem Hauptgesichtspunkt, daß nicht die geringste Eroberung der Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie zu behaupten ist ohne revolutionären Sturz derselben, ohne Aufrichtung der proletarischen Diktatur;
 - f) in allen Etappen des Kampfes ununterbrochen die revolutionäre Propaganda unserer Klassenziele, die Darlegung unseres Programms aufrechtzuerhalten, den beschränkten, unzulänglichen, vorübergehenden Charakter aller Tages-, Übergangslosungen gegenüber den revolutionären Ziellosungen klarzulegen.

36. In jeder Kampfetappe muß die Partei, sofern sie bereits die genügende Kraft hat, vor allem ihre eigene Aktion entwickeln, die sie ihrer Kraft und dem Bewußtsein der Massen entsprechend entfalten muß.

37. Durch Führung des Kampfes auf die dargelegte Weise, entsprechend der jeweiligen konkreten Situation, bahnt die Partei sich den Weg vorerst zu den kampfwilligen bewußteren Schichten der Klasse und mit deren Hilfe zu den Massen selbst; schafft sie die Voraussetzung des Kampfes zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie.

38. In jenen Ländern, wo die Partei noch nicht die genügende Kraft zur Entfaltung der revolutionären Arbeit unter den Massen hat, oder wo ihr die gegebenen Bedingungen eine solche Arbeit nicht erlauben, muß die Arbeit der Partei, ihres Kerns ausgerichtet sein auf mögliche Stärkung ihrer Kraft durch Gewinnung der vorgeschrittenen Arbeiter für das revolutionäre Programm, muß der Kampf vor allem auf die Beseitigung der einer breiteren Entfaltung der Parteitätigkeit entgegenstehenden Hindernisse ausgerichtet werden, die Vorbereitung der Etappe des Kampfes um die Massen in Angriff genommen werden.

39. In den Ländern, wo unseren Parteien die Legalität versagt ist, muß, gestützt auf die demokratischen Forderungen, ein züher und systematischer Kampf für die Eroberung der Legalität geführt werden, die erst ein wirkliches Heran an die Massen möglich macht. Jederzeit müssen jedoch unsere Parteien die Notwendigkeit des schnellen Übergangs in neuerliche Illegalität ins Auge fassen, wobei der entscheidende Kern der Partei, entsprechend den heutigen Bedingungen, auf alle Fälle seine illegale Organisation haben muß.

IX. Die Lage in Österreich.

40. Der Österreichische Kapitalismus, im Vorjahr unter direkter Protektion der Siegerimperialisten wie Stalins wiederaufgerichtet, ist eines der schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Bourgeoisie und ihrer Lakaien SP/Stalinpartei ist Österreich weniger eine Realität als eine Abnormität. Seine verkümmerte Existenz, geschuldet der Rivalität der Imperialisten untereinander sowohl wie auch der Imperialisten gegenüber der SU, ist der sprechendste Beweis für die geschichtlich längst auf der Tagesordnung stehende Schaffung der Vereinigten Sowjetstaaten Europas, in welche Österreich, mit dem

revolutionären Deutschland vereint, eingehen muß.

41. Die geballten Widersprüche des Weltkapitalismus, der Gegensatz von Weltimperialismus und Sowjetunion spiegeln sich in keinem Lande mit solcher Wucht wider wie in Österreich. Der würgende Besatzungsdruck, die noch halb darniederliegende Produktion, die aber den Kapitalisten bereits ansehnliche Profite abwirft, Schieber- und Spekulantentum, das frech ausraubert, die Bourgeoisie der Einzelländer, die Wien abriegelt, ein satt-frechtes Großbauerntum, das die Städte aushungert, - und dem allen gegenüber eine ausgegemergelte, abgerackerte und hungernde Arbeiterklasse, die +) zum Kampf einsetzt, an ihrer Seite die halbverhungerten armen Mittelschichten in Stadt und Land: dieses Bild bietet Österreich eineinhalb Jahre nach seiner "Befreiung".
42. Die Lage in Österreich ist charakterisiert dadurch, daß die vor allem dank der Hilfe von SP/Stalinpartei erstarkte Bourgeoisie angesichts der Lage und Stimmung der Massen immer noch gezwungen ist, sich auf SP/Stalinpartei auch in der Regierung zu stützen, auf letztere nur mit Rücksicht auf die sowjetische Besatzung. Dennoch hat die Konsolidierung der Bourgeoisie Fortschritte gemacht, was sich zeigt in der Festigung des Staatsapparates: der Schamlosigkeit, mit welcher sie über die Massen Hunger und Elend verhängt und dem hier und da durchschimmernden Bestreben, die heutige Form der Demokratie durch eine "österreichische Demokratie", d.h. den Bedürfnissen der Bourgeoisie besser entsprechende wenigstens halboffene Diktatur zu ersetzen.
43. Dank der stalinschen Besatzungsmethoden ist es der Bourgeoisie gelungen, die Hauptmassen der Mittelklasse, besonders der ländlichen, auf ihre Seite hinüberzuziehen. Nur die unteren Schichten der Mittelklasse zeigen infolge der fortwährenden Verschlechterung ihrer Lage die Tendenz, nach links, d.h. vorerst zur SP zu gehen.
44. Das Proletariat, welches die Hauptlast an Hunger und Elend trägt, hat durch die zunehmende Produktion an Kraft gewonnen und versucht auch, diese zur Verbesserung seiner Lage in die Waagschale zu werfen. In seinen Reihen stehen heute Schichten, die die Vergangenheit bis 1934 wenig kennen, jetzt das erste Mal überhaupt in einen organisierten Kampf treten, lernen müssen. Andererseits fehlen aus seinen Reihen Hunderttausende, die auf den imperialistischen Schlachtfeldern blieben oder noch in Kriegsgefangenschaft sind. Eine zahlenmäßige Verstärkung und erhöhtes Gewicht hat es dadurch erhalten, daß in den letzten Jahren des Krieges in Westösterreich zahlreiche Betriebe entstanden sind.
45. Die Aktivität des Proletariats, die sich in der Streikwelle des Frühjahres zeigte und im Wiener Straßenbahnerstreik (18.6.46) gipfelte, ist infolge des weiteren Absinkens der Lebenslage der breiten Massen im Herbst neuerlich erwacht und hat zur Forderung nach drastischen Kampfmitteln geführt. Es besteht kein Zweifel, daß die Aktivität des Proletariats, von einer ernsten, wenn auch kleinen Kraft zielbewußt gelenkt, längst zu einer spürbaren Besserung der Lage der Massen geführt, die Sabotage der Bourgeoisie gebrochen hätte.
46. SP und Stalinpartei sind weder gewillt noch imstande, den ernstesten Kampfwillen des Proletariats in die Bahn des Kampfes gegen die Bourgeoisie zu lenken. Beide handeln auf der Linie der Zusammenarbeit, der "Konzentration", der Koalition mit der Bourgeoisie; die Stalinpartei mit der Grundtendenz für die außenpolitische Orientierung auf die SU. Beide Parteien haben im Vorjahr, anstatt die Macht an Interesse der Arbeiter und kleinen Bauern +) trotz SP/Stalinpartei/Gewerkschaftsbürokratie immer wieder...

zu ergreifen, genau wie die SP 1918 sie der Bourgeoisie in die Hände gegeben und ihr in den Sattel geholfen. Beide haben die Arbeiter in den kapitalistischen "Wiederaufbau" eingespannt. Jetzt, wo die unvermeidlichen Früchte dieses kapitalistischen "Wiederaufbaus", nämlich Hunger und Elend für die Massen und tatsächliches Stärkerwerden der Kapitalistenklasse mehr und mehr zum Vorschein kommen, jetzt fabrizieren SP und Stalinpartei endlose Programme, ohne natürlich auch nur einen einzigen Kampfschritt für die Verwirklichung ihrer Forderungen zu tun, sondern einzig und allein, um die steigende Unzufriedenheit der Massen für Stimmzettel"siege" auszunützen.

47. Tatsächlich kommt die Unzufriedenheit der Massen in steigendem Maße infolge Fehlens der revolutionären Partei noch der SP zugute, wie erst jüngst der Ausgang der Eisenbahner-Vertrauensmännerwahlen bewiesen hat. Die Stalinpartei stagniert, wenn sie nicht an Boden verliert, wozu hauptsächlich die Auswirkungen der stalinischen Besatzungspolitik beitragen. Diese Verschiebung der Massen zur SP läßt mit hoher Wahrscheinlichkeit deren absolute Mehrheit bei den nächsten Wahlen erwarten.

48. Doch innerhalb der aktiven, kampfwilligen Schichten des Proletariats gehen wichtige Prozesse vor sich, die unsere höchste Aufmerksamkeit verdienen. Sie spiegeln sich wider in der SP-Spitze, wo drei Gruppierungen sichtbar sind: der rechte Flügel, der unbedingt an der offenen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in der Regierung festhält, dabei womöglich die Stalinpartei aus der Regierung entfernen will; der "linke" Flügel, der die offene Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie angesichts der steigenden Unzufriedenheit der Massen beenden will, aus der Befürchtung heraus, daß sie sich schließlich gegen die SP wenden wird; schließlich das Zentrum, das aus "taktischen" Gründen jetzt weiter an der offenen Zusammenarbeit festhalten will, jedoch vor "Übertreibungen" der Koalitions politik "warnt", und ein Ende der offenen Zusammenarbeit erst in der Zukunft herbeiführen will. Zu den Rechten gehören Helmer, Schärf, zu den "Linken" Scharf, Divisch, Krones, während zum Zentrum die Deutsch-Adler & Co. gehören, die sich jetzt freihalten und im gegebenen Zeitpunkt als "Nichtbelastete" aus der Kulisse treten wollen.

49. So sehr es sich bei der Gruppierung der SP-Spitzen um bloß taktische Gruppierungen auf derselben prinzipiellen Linie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie handelt, so liegt letzten Endes dem Hervortreten des "linken" Flügels doch ein ernster Radikalisierungsprozeß in den Massen zugrunde, den die "Linken" nur widerspiegeln. Ein Teil dieser radikalisierten Massen, ihre bewußtere Spitze sind sowohl von SP wie von Stalinpartei und deren verräterischer Politik angewidert und suchen nach einem Ausweg, nach einer neuen Kraft, die ihnen den Weg aus SP- und Stalinverrat heraus weist. Diese Tatsache müssen die IKÖ in der nächsten Etappe ihres Kampfes zur Grundlage ihrer Aktion machen.

X. Unsere Aufgaben.

50. Die vor uns liegende Kampfetappe stellt nach wie vor als Hauptaufgabe die Schaffung der revolutionären Klassenpartei des Proletariats. Vorerst geht es um die Stärkung des Kerns dieser Partei, seine quantitative Stärkung ohne Einbuße an Qualität, bei steter Hinarbeit auf deren Hebung.

51. Als Hauptmittel dient zur Verwirklichung dieser Aufgabe nach wie vor die individuelle Propaganda, doch geben die verbesserten Kampfbedingungen uns die Möglichkeit, die Propaganda mehr und

mehr mit dem praktischen Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden.

52. Revolutionäre Propaganda, ausgerichtet auf die besten, bewußtesten Elemente der Klasse, verbunden mit der praktischen Teilnahme an den täglichen Klassenkämpfen in vorderster Reihe, bildet in der kommenden Etappe die Haupttätigkeit unserer Organisation.

53. Die taktische Linie, auf welcher unsere Teilnahme am praktischen Kampf der Klasse vor sich geht, ist die des Beim-Wort-Nehmens der kleinbürgerlichen Verratsparteien zur Verwirklichung der von ihnen selbst aufgestellten Arbeiterforderungen.

54. Die Haupterfahrungen, auf welche wir uns bei unserer Arbeit stützen müssen, sind einerseits die Erfahrungen der Arbeiter mit der stalinschen Besatzungspolitik, andererseits die jüngsten Erfahrungen der Arbeiter mit der Streiksabotage, Kampfsabotage durch SP- und Stalinbürokratie. Beide Gruppen von Erfahrungen sind in den bewußteren Elementen der Klasse lebendig; an sie müssen wir immer wieder anknüpfen.

55. In Vordergrund unserer praktischen Teilnahme am Kampf der Arbeiterklasse müssen die Verbesserung der Lage der Massen auf Kosten der Bourgeoisie und die Verbesserung des demokratischen Kampfbodens für die Massen stehen, der Kampf für die volle Herstellung der demokratischen Rechte der Massen, wie Abzug aller Besatzungstruppen, Aufhebung jeder Zensur, volle Meinungs- und Organisationsfreiheit der Arbeiter, Recht auf Parteigründung für die Arbeiter usw.

56. Der Wichtigkeit nach steht unsere Arbeit in den Betrieben an erster Stelle. Wir müssen vor allem durch vorbildliches Verhalten und Beispiel in immer steigendem Maße das Vertrauen der Arbeiter gewinnen. Unsere Propaganda müssen wir auf die vorgeschrittensten Arbeiter konzentrieren, die anderen Arbeiter als Sympathisierende um uns sammeln. Unsere Gewerkschaftsarbeit muß vor allem nach propagandistischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Der Berichterstattung aus den Betrieben muß größtes Augenmerk zugewendet werden.

57. Nächstwichtiges Gebiet ist die wachsende Opposition in den Reihen der der SP folgenden Arbeiter, vor allem in der Jugend. Hier müssen wir dahin gelangen, durch Fraktionstätigkeit selbst zu noch schwankenden, unentschlossenen Elementen und Gruppen Verbindung zu erhalten. An Hand ihrer eigenen Erfahrung müssen wir diese Arbeiter Schritt für Schritt zu uns herüberziehen.

58. Die Fraktionsarbeit muß systematisch fortgeführt werden unter Bedachtnahme auf folgende Punkte:

- a) Ihr Schwergewicht muß Schritt für Schritt in die Betriebe verlagert werden;
- b) das Gesicht der fraktionellen Parteiarbeit muß in der nächsten Etappe der SP zugewendet werden, vor allem der SP-Jugend;
- c) die Fraktionsarbeit in der Stalinpartei ist nur an besonders aussichtsreichen Punkten weiterzuführen, sonst aber auf beobachtende Tätigkeit einzuschränken.

59. Eine weitere Aufgabe ist die Vorbereitung und im geeigneten Augenblick durchzuführende Legalisation unserer Organisation.

60. Die uns gestellten Aufgaben können nur durch Anspannung aller unserer Kräfte erfüllt werden. Die ganze Organisation, von der Leitung bis zur Zelle, muß sich daher in der kommenden Etappe auf die Erfüllung der gestellten Aufgaben konzentrieren.

RESOLUTION ÜBER DIE "KOMBINIERTE KRIEGSTAKTIK"

(Von der Konferenz gegen die Stimmen der Minderheit
- d.i. des ehemaligen "Kampfbundes" - angenommen)

Die Konferenz lehnt die "Kombinierte Kriegstaktik" ab und erklärt den Standpunkt der ehemaligen PI in dieser Frage zur Linie der IKÖ.

RESOLUTION ZUM PROPAGANDA-REFERAT

(Von der Konferenz mit Mehrheit angenommen)

1. Die Konferenz nimmt den Bericht der Leitung über Propaganda zur Kenntnis und bestätigt ihn.
2. Die Leitung schlägt der Konferenz in der Frage der Aktion "X" folgendes vor:
 - a) Die Konferenz nimmt den Bericht der Leitung über die Aktion "X" zur Kenntnis und erklärt sich mit der Einstellung der Aktion in ihrer ursprünglichen Form einverstanden.
 - b) Die Konferenz beauftragt die neue Leitung mit der Umwandlung des "X" in ein Propagandaorgan mit aktuellem Inhalt, das fallweise erscheinen wird. In diesem neuen Organ sollen in leicht faßlicher Weise in Form von aktuellen Artikeln die Grundfragen unserer Politik, ähnlich wie im Kurs, ausgehend von den Tagesfragen dargelegt werden.
 - c) Das neue Propagandamaterial dient zur Unterstützung der individuellen Propaganda und der Fraktionsarbeit sowie der Bildung von Propagandazellen (C-Zellen).
 - d) Dieses Propagandamaterial wird gratis abgegeben.

=====

RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE ÜBER FRAGEN DER INTERNATIONALE

RESOLUTION AN DAS EXEKUTIVKOMITEE DER 4. INTERNATIONALE

(Einleitung und die Punkte A bis E von der Konferenz einstimmig, Punkt F gegen die Stimmen der Minderheit - d.i. des ehemaligen "Kampfbundes" - angenommen)

Die auf der ersten Konferenz der IKÖ versammelten Delegierten entsenden an die 4. Internationale und ihre Sektionen die wärmsten brüderlichen Kampfesgrüße.

Sie stellen nach Entgegennahme des technischen und politischen Berichtes über die Beziehungen der IKÖ zur Internationale und ihren Sektionen mit besonderer Genugtuung fest, daß die Anstrengungen des bewußten, des revolutionären Teiles der Weltarbeiterklasse einen unaufhaltsamen Fortschritt zeigen, daß sich die Weltarbeiterklasse in der 4. Internationale die einzige, alleinige Partei für ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch und zur Erfüllung ihrer historischen Aufgaben schafft.

Doch bar jeden Überschwanges sind wir gezwungen gleichzeitig festzustellen, daß trotz dieser erfreulichen Tatsachen in der Entwicklung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse infolge des fast vollkommenen Ausfalls der deutschen Sektion ein ungeheures Vakuum klafft. Die IKÖ, die sich als Teil dieses fortgeschrittensten Proletariats betrachten, fühlen sich verpflichtet, die

Aufmerksamkeit des Internationalen Exekutivkomitees auf diese Tatsache zu lenken und fordern es auf, keine Anstrengung zu scheuen, um dem deutschen Proletariat seine Führung zu schaffen. Dazu ist aber eine gesteigerte, scharfe Kampagne gegen alle Verleumder des deutschen Proletariats notwendig, gegen die "demokratischen" Imperialisten der USA, Englands, Frankreichs, gegen deren sozialpatriotischen SP-Lakaien, gegen die Stalinverräter, die alle zusammen das deutsche Proletariat für die Verbrechen aller Imperialisten, Sozialpatrioten und Stalinisten verantwortlich machen wollen. Es ist ebenso notwendig, die Weltarbeiterklasse, besonders aber das Proletariat von USA, England, Frankreich und der SU zur gesteigerten Solidarität dem deutschen Proletariat gegenüber aufzurufen. Es gilt, ihnen zu beweisen, daß ihre Imperialisten und Stalinbürokraten das deutsche Proletariat wohl von Hitler, nicht aber von der kapitalistischen Sklaverei befreit haben, deren hervorragendste Repräsentanten oder Helfer im Gegenteil sie selbst sind. Sie sind es, die das deutsche Proletariat in einer äußerst barbarischen wirtschaftlichen und politischen Knechtschaft halten, weil sie seine revolutionäre Kraft fürchten. Es muß der Weltarbeiterklasse eindeutig klar gemacht werden, daß ohne Befreiung des deutschen Proletariats ihre eigene Befreiung unmöglich ist.

Ebenso unerläßlich erscheint es uns, soweit wir die Stellungnahme und die Diskussionen zu einigen wichtigen Fragen der Internationale und einiger Sektionen verfolgen konnten, die Aufmerksamkeit des Exekutivkomitees darauf zu richten, daß alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um eine grundsätzlich richtige einheitliche Meinung zu schaffen, damit die gigantischen Aufgaben, wie sie das auf der Brüsseler Konferenz im April 1946 beschlossene "Manifest der 4. Internationale" richtig festgelegt hat, erfüllt werden können.

Wir sind der Meinung, daß das Internationale Exekutivkomitee gegenüber allen ultralinken und rechten Abweichungen innerhalb wie außerhalb der Internationale eine weit festere und entschiedene Haltung einnehmen müßte, um die führende Aufgabe der revolutionären Weltpartei der Arbeiterklasse zu sichern.

Die IKÖ legen zu folgenden wichtigen Fragen ihren Standpunkt fest:

A. Die Klassennatur der Sowjetunion.

Mental, Guérin und Genossen in Frankreich gehen wie seinerzeit Shachtman und Genossen in den USA mit einer vollkommen falschen Methode an die Frage der Klassennatur der SU heran. Das richtige Kriterium bei der Untersuchung eines gesellschaftlichen Zustandes ist aber, will man mit den Grundsätzen und Methoden des Marxismus nicht brechen, von den ökonomischen Grundlagen, der Produktionsweise, den Produktionsverhältnissen, den Eigentumsverhältnissen an den entscheidenden Produktionsmitteln auszugehen. Jede andere, besonders aber die vom politischen Überbau auf die ökonomischen Verhältnisse rückschließende Methode (die gerade die der angeführten Genossen ist), widerspricht nicht nur der marxistischen ökonomischen Theorie, sondern der materialistischen Geschichtsauffassung überhaupt.

Die subjektiven Auswirkungen der stalinbürokratischen Vergewaltigung der SU und insbesondere von deren Arbeiterklasse und ihren Institutionen stehen außer Zweifel, können so, wie sie von den angeführten Genossen aufgezeigt, akzeptiert werden. Doch aus diesen Tatsachen die objektiven Schlußfolgerungen zu ziehen, ohne einen subjektiven Beweis dafür zu erbringen, heißt die Dinge auf den Kopf stellen und mit dem historischen Materialismus, mit dem Marxismus zu brechen. Diese Genossen sind vor allem verpflichtet,

ihrer Theorie das ökonomische Fundament durch eine genaue Analyse der Produktions- und Eigentumsverhältnisse zu geben, ohne die eine ernstliche Diskussion unmöglich erscheint.

Die IKÖ lehnen daher die Bezeichnung der Klassennatur der SU als "staatskapitalistisch" prinzipiell ab, von wem immer sie kommen möge. Daher müssen wir auch die Theorie (wie sie Mental, Logan und Guerin vertreten), die in der SU einen neuen sozialen Typus, eine neue gesellschaftliche Formation zu erkennen glaubt, ablehnen. Sie spricht von einem "bürokratischen Imperialismus" und vergißt dabei, daß sie dadurch ebenfalls die marxistische Theorie, den gesamten historischen Materialismus auf den Kopf stellt. Imperialismus setzt kapitalistische Klassenherrschaft voraus! Welche Klasse herrscht aber in der SU? Die bürokratische?

Wenn aber die angeführten Genossen der Meinung sein sollten, daß die proletarische Diktatur die Arbeiterklasse von allen Fehlern gefeit hat, so irren sie gewaltig. Wo steht geschrieben, daß nicht selbst das siegreiche Proletariat auf Grund verschiedener ökonomischer und politischer Umstände in den Fehler und das eigennützige Interesse verfallen könnte, auf Kosten anderer zu leben? Der heutige Zustand zeigt uns den der parasitären Existenz der Stalinbürokratie auf Kosten des russischen wie des Proletariats anderer Länder. Und doch rechtfertigt selbst diese Tatsache nicht die Anwendung des Terminus "Imperialismus".

Indem die IKÖ alle "Theorien", die die SU als Arbeiterstaat negieren, als prinzipiell falsch ablehnen, bekennen sie sich zu der einzigen richtigen Bezeichnung der SU als "entarteter, schwerst entarteter Arbeiterstaat", mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen, wie sie im Übergangsprogramm und den neuesten Dokumenten, dem Manifest und der Resolution der Brüsseler Konferenz 1946 dargelegt sind.

Wir werden alle unsere Kräfte anspannen, um diese prinzipielle Frage einer entscheidenden, raschen Klärung entgegenzuführen.

B. Zur Frage der Selbständigkeit der revolutionären Klassenpartei (bzw. deren Keimform), Klassenorganisation.

Als im Jahre 1934 die französische Sektion der ILO kollektiv in die SFIO eintrat und dadurch ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit preisgab, wurde dieser Eintritt damit begründet, daß sich die SFIO nach links bewege. Diesem kollektiven Eintritt folgten später mehrere andere Sektionen, wie die der USA, Belgiens, Polens usw.; sie erfolgten trotz der richtigen Einschätzung der ILO, daß der kollektive Eintritt der KPCh in die Kuomintang prinzipiell falsch war und die Preisgabe der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der revolutionären Klassenführung des Proletariats gegenüber dem Klassengegner bedeute, diese aber unter allen Umständen aufrecht zu erhalten oberste revolutionäre Pflicht gewesen wäre.

Der berechtigten Kritik an der Preisgabe der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Partei durch die kollektiven Eintritte der angeführten Sektionen in die SP, der wir uns bereits damals im "Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse" anschlossen, versuchte man dadurch zu begegnen, daß man den klassenmäßigen Unterschied zwischen der Kuomintang und der SP betonte. Die letztere stellte scheinbar nach der Meinung der Mehrheit der ILO keine klassenfremde Partei, keine klassenfremde Organisation dar; der Eintritt in sie sei daher nur eine Frage der Taktik, der Zweckmäßigkeit. Weiters suchte man die Eintritte 1934 und später damit zu begründen, daß nur die Sektionen der ILO ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit preisgegeben hätten, durch den weiteren unabhängigen Bestand der ILO und ihres IS aber die internationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit gewahrt geblieben wäre. Man vergaß dabei, daß es im

Falle der Komintern gegenüber der KPCh ebenso war.

Aus Diskussionen mit Vertretern des IS sowie aus Presseberichten über den dritten Kongreß der RKP Englands geht hervor, daß der Standpunkt von 1934, daß der kollektive Eintritt der revolutionären Klassenpartei, Klassenorganisation in die SP eine rein taktische, eine Zweckmäßigkeitsfrage sei, aufrechterhalten wird. So lehnte die Mehrheit der RKPE den Eintritt in die Labour Party nur deshalb ab, weil sie durch die Entwicklung der Massen zur Labour Party keine Radikalisierung der Labour-Sektionen erwartet, d.h. man versucht, das Argument von der "Links"entwicklung der SFIO vom Jahre 1934 weiter zu gebrauchen. Die IKÖ begrüßen wohl das Resultat der Abstimmung, obwohl es nicht Ergebnis einer prinzipiellen Stellungnahme zu dieser Frage, sondern nur das einer taktischen darstellt. Wir fühlen uns verpflichtet, zur Frage der Selbständigkeit der revolutionären Klassenpartei und -organisation unseren prinzipiellen Standpunkt auszusprechen:

1. Dem Wesen, dem Charakter, d.h. dem Ausgangspunkt, dem Inhalt und der Wirkung ihrer Politik nach sind SP, Labour Party einerseits, die Stalinparteien andererseits einmal die Partei der von der eigenen Bourgeoisie bestochenen, korrumpierten, parasitären, verbürgerlichten Oberschichte der Arbeiterklasse, zum anderen Mal die Partei der räuberischen, parasitären Bürokratie des ersten Arbeiterstaates. Sie sind daher keine Parteien der Arbeiterklasse, sondern kleinbürgerliche, klassenfremde Parteien.
2. Zur Verwirklichung ihrer Interessen benötigt die Arbeiterklasse ihre eigene, selbständige, von jeder anderen Klasse und Klassenpolitik freie und unabhängige Klassenpartei, Klassenorganisation. Nur dadurch ist es möglich, die vollständige Freiheit der revolutionären Propaganda, Agitation und Kritik gegenüber allen anderen Klassen und Parteien, auch den verkleinbürgerlichten, klassenfremden Parteien wie SP, Labour Party, Stalinpartei gegenüber zu wahren, die führende Rolle zu erfüllen.
3. Die Selbständigkeit der revolutionären Klassenpartei muß national für jede Sektion der internationalen Klassenpartei gewahrt bleiben und kann nicht durch den selbständigen Bestand der internationalen Organisation ersetzt werden, denn im nationalen Maßstab erfüllt die Sektion, im internationalen Maßstab die Internationale die führende Rolle gegenüber der Arbeiterklasse.
4. Den Ausnahmefall des Eintrittes der englischen Sektion der Komintern 1920/21 in die damalige Labour Party zu verallgemeinern, ihn im besonderen auf die heutige SP, Labour Party und Stalinpartei anzuwenden, würde den Erfahrungen und der Tatsache, daß sich diese inklusive der Labour Party zu noch schamloseren Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung entwickelten (was insbesondere die deutsche Katastrophe 1933, Spanien 1936, Frankreich und der zweite imperialistische Weltkrieg bewiesen haben), widersprechen. Dazu kommt noch, daß die Labour Party 1921 keine spezifisch politische Partei, sondern eine Dachorganisation der englischen Gewerkschaftsbewegung darstellte, also - obwohl auch schon damals äußerst verspießert - keine klassenfremde, verkleinbürgerlichte "Arbeiter"partei war.

Aus den angeführten Gründen lehnen wir daher ab, die Frage der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der revolutionären Klassenpartei und Klassenorganisation vom Gesichtspunkt der "Taktik" und der "Zweckmäßigkeit" zu behandeln. Wir sehen diese Frage als eine prinzipielle an. Fraktionelle Tätigkeit bei Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der revolutionären Partei ist zulässig und eine Frage der Taktik.

3. Über die Bezeichnung der SP, Labour Party und

Stalinpartei als Arbeiterpartei

Aus dem unter Punkt B Gesagten ergibt sich als Konsequenz:

1. Verwirft man den kollektiven Eintritt der revolutionären Klassenpartei, Klassenorganisation in die SP, die Labour Party und Stalinpartei, indem man richtig erkennt, daß diese ihrem Wesen, ihrem Charakter nach keine Arbeiterparteien, sondern verkleinbürgerlichte, verräterische Parteien sind, die in ihrer Gesamtwirkung "bürgerliche" Politik betreiben, so ergibt sich die Bezeichnung dieser Parteien als "Arbeiterparteien", "traditionelle Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen" als unzulässig und irreführend. Man kann sie nur als Verratsparteien, verkleinbürgerlichte Arbeiterparteien, oder wenn schon als "Arbeiter"parteien, dann nur wie das Beispiel es zeigt unter Anführungszeichen, bezeichnen.
2. Verwirft man den kollektiven Eintritt der revolutionären Klassenpartei, Klassenorganisation nicht, indem man SP, Labour Party, Stalinpartei als keine klassenfremden Parteien erkennt, so ergibt sich als Konsequenz, daß diese Parteien tatsächlich Arbeiterparteien wären, und daß dadurch die Bezeichnung "Arbeiterparteien", "traditionelle Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen" Berechtigung hätte..

Wir haben schon im Abschnitt B darauf hingewiesen, daß man bei der Charakterisierung einer Partei und ihrer Klassenpolitik von ihrem tatsächlichen Wesen sowie dem Inhalt und dem Ergebnis ihrer Politik ausgehen muß und festgelegt, daß auf Grund einer solchen Analyse die Politik von SP, Labour Party und Stalinpartei eine "bürgerliche" sei. Daran ändert sich auch nichts, wenn diesen Parteien auf Grund ihrer Traditionen noch entscheidende Teile der Arbeiterklasse Gefolgschaft leisten. Die Bezeichnung dieser Parteien als Arbeiterparteien, wenn auch in Verbindung mit richtiger Kritik, erschwert der Arbeiterklasse den Klärungsprozeß, erzeugt in ihr die Illusion (die durch einen eventuellen kollektiven Eintritt noch erhöht wird), daß die Gesundung dieser Parteien möglich, eine neue selbständige Klassenpartei daher nicht nötig sei und eine solche nur eine Spaltung der Arbeiterklasse bedeuten würde.

Die IKÖ lehnen die Bezeichnung von SP, Labour Party und Stalinpartei als Arbeiterparteien, wie dies in einigen Dokumenten der Internationale und in der Presse einiger Sektionen geschieht, ab; wir bekennen uns zur einzig richtigen Bezeichnung dieser Parteien als verkleinbürgerlichte, verräterische "Arbeiterparteien". Nur diese konsequente, den Massen geduldig das Wesen dieser Parteien aufzeigende Bezeichnung kann uns den Weg zu den Massen ermöglichen.

Wir schlagen vor, daß die Bezeichnung von SP, Labour Party und Stalinpartei als Arbeiterparteien in der Presse und in sonstigen Publikationen der Internationale und ihrer Sektionen fallen gelassen wird und statt dessen die Bezeichnung: verkleinbürgerlichte Arbeiterparteien, Verratsparteien, oder "Arbeiter"parteien (unter Anführung) zu verwenden.

D. Über die Losung der proletarischen Diktatur.

Die gesamte Politik der Übergangslösungen und insbesondere die Losung der "Arbeiter- und Bauernregierung" kann nur dann einen Sinn haben, wenn sie propagandistisch unausgesetzt ergänzt und getragen wird von der Losung der Diktatur des Proletariats. Indes wird diese sogar in den grundlegenden Dokumenten der Internationale, in denen die revolutionäre Strategie der ganzen Epoche entwickelt wird, nur nebenbei und im Vorübergehen ausgesprochen. Die

Losung der proletarischen Diktatur ist die zentralste Propagandalosung unseres Kampfes, der Punkt, worin sich die revolutionäre Partei von allen Opportunisten und Verrätern unterscheidet. Wir schlagen der Internationale vor, diese Frage zu prüfen und den hier aufscheinenden ernstesten Mangel in ihren theoretischen Grundlagen wie ihrer praktischen Politik zu beseitigen.

E. Zur Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Mit der zentralen Propagandalosung der Diktatur des Proletariats ist die Propaganda des Rätesystems als deren konkrete Form verbunden. Dieser wichtige Bestandteil des Leninismus fehlt oft in den Dokumenten der Internationale und wird besonders in der Praxis übergangen, ein schwerer Mangel, der besonders in der Losung der "Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa" zum Ausdruck kommt. Es ist notwendig, sie durch die Losung der "Vereinigten Sozialistischen Räterepubliken von Europa" zu ersetzen, da nur in ihr die untrennbare Verbindung zwischen der Aufhebung des reaktionären Nationalstaates und der Lösung der Machtfrage zum Ausdruck kommt.

F. Über die Stellung des Proletariats zum imperialistischen Krieg.

In Österreich trat am Vorabend und während des imperialistischen Krieges in den Reihen des "Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" der Opportunismus in einem neuartigen Gewand als "Kombinierte Kriegstaktik" auf. Diese "Taktik", die die revolutionäre Propaganda mit den "Vorteilen" der kapitalistischen Landesverteidigung zu "kombinieren" sucht, steht im Gegensatz zur proletarischen Klassenlinie, der die Politik des revolutionären Defaitismus in allen imperialistischen Ländern entspricht. Anders als der Vertreter des Internationalen Sekretariats, können wir die daraus entsprungenen Differenzen nicht als solche von rein historischer Bedeutung für unseren gegenwärtigen und zukünftigen Kampf betrachten; sie haben prinzipielle Bedeutung für die gesamte Internationale, weil

1. die Politik jeder Gruppe und jeder Partei untrennbar mit ihrer Stellung während des Krieges verbunden ist und weil
2. der Imperialismus ständig die Gefahr neuer Kriege reproduziert, während die Existenz eines (wenn auch schwerst entarteten) Arbeiterstaates die mit der "Kombinierten Kriegstaktik" zusammenhängenden Probleme immer wieder auf die Tagesordnung setzt.

Wir schlagen der Internationale vor, die sogenannte "Kombinierte Kriegstaktik" in ihrer prinzipiellen Bedeutung für das Proletariat und seine Partei zu prüfen und offiziell zu ihr Stellung zu nehmen.

BESCHLUSZ ÜBER DIE NÄCHSTEN SCHRITTE ZUR BEREINIGUNG DER OFFENEN DIFFERENZ ZWISCHEN MEHRHEIT UND MINDERHEIT

(Von der Konferenz einstimmig angenommen)

Die Konferenz beauftragt die neue Leitung der IKÖ, im Sinne der Resolution, welche die Einigung des ehemaligen "Karl-Liebknecht-Bundes (Internationale Kommunisten)" mit dem ehemaligen "Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse" billigt, unverzüglich als nächsten Schritt zur Bereinigung der offenen Differenz der "Kombinierten Kriegstaktik" das Internationale Sekretariat aufzufordern, die Frage der "Kombinierten Kriegstaktik" gerade in Zusammenhang mit der laufenden, der Vorbereitung des nächsten Welt-

kongresses dienenden internationalen Diskussion über die Frage der SU einer endgültigen Klärung zuzuführen.

ERKLÄRUNG DER MINDERHEIT

(Von der Konferenz einstimmig zur Kenntnis genommen)

Die Konferenz der IKÖ nimmt zur Kenntnis, daß von den Vertretern des Internationalen Sekretariats den Genossen des damaligen "Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" gegenüber keine Äußerung erfolgt ist, nach der die "Kombinierte Kriegstaktik" eine prinzipielle Abweichung darstelle, die zum Sozialpatriotismus führen könne.

Weiters halten die Genossen der Minderheit (d.i. des ehemaligen "Kampfbundes") ihren bereits am 10.7.46 in einem Brief an den damaligen "Karl-Liebknecht-Bund" gemachten Vorschlag aufrecht, diese offene Frage der 4. Internationale zur Stellungnahme vorzulegen. Die Minderheit ist nach wie vor der Meinung, daß dies die loyale Klärung des Problems erleichtern und einen positiven Beitrag für die Sache des Proletariats darstellen würde.

RESOLUTION ÜBER DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

(Von der Konferenz einstimmig angenommen)

Die erste Konferenz der IKÖ spricht der 4. Internationale sowie allen beteiligten Sektionen für die unserer Organisation geleistete solidarische Hilfe den Dank aus.

=====

ORGANISATORISCHE RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE

RESOLUTION ÜBER DIE VEREINIGUNG VON "KARL-LIEBKNECHT-BUND (INTERNATIONALE KOMMUNISTEN)" MIT DEM "KAMPFBUND ZUR BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE"

(Von der Konferenz einstimmig angenommen)

Die erste Konferenz der IKÖ billigt die Einigung des ehemaligen "Karl-Liebknecht-Bundes (Internationale Kommunisten)" mit dem ehemaligen "Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse". Diese Einigung erfolgt auf dem Boden der gemeinsamen Auffassungen über die gegenwärtigen Kampfaufgaben bei Aufrechterhaltung der gegenteiligen Ansichten über die sogenannte "Kombinierte Kriegstaktik", wie sie vom "Kampfbund" 1938 entwickelt wurde.

Die Konferenz stellt fest, daß die organisatorische Verschmelzung zum Teil bereits durchgeführt, zum Teil noch im Zuge ist. Sie tritt für engste gemeinsame Arbeit an der Lösung der vor uns stehenden Aufgaben ein und sieht in dieser gemeinsamen Arbeit eine Gewähr für die kameradschaftliche Austragung der noch offenen Frage der "Kombinierten Kriegstaktik" gegeben.

Die schließliche Bereinigung dieser Differenz ist jedoch erst die Voraussetzung der wirklichen und festen Einigung. Es wird die

Aufgabe der Leitung sein, die Bereinigung dieser noch schwebenden Differenz durchzuführen. Die Konferenz billigt das vorgelegte Einigungsprotokoll und fordert die neue Leitung auf, die schließliche Lösung der Frage mit Geduld und Ausdauer zu verfolgen.

RESOLUTION ZUM REFERAT ÜBER ORGANISATION

(Von der Konferenz einstimmig angenommen)

1. Die Konferenz stimmt dem Organisationsbericht der Leitung zu.
2. Die Konferenz stimmt dem Reorganisationsplan der Leitung zu und gibt der neugewählten Leitung den Auftrag, den weiteren Ausbau der Organisation (Schaffung von neuen GL usw.) auf Grund dieses Planes vorzunehmen.
3. Die Konferenz gibt der neuen Leitung den Auftrag, die Frage der Berufsrevolutionäre als die wichtigste und vordringlichste zu behandeln.

ORGANISATIONSTATUTEN DER IKÖ

(Von der Konferenz einstimmig angenommen)

- Punkt 1: Die IKÖ ist die österreichische Sektion der 4. Internationale (Weltpartei der sozialistischen Revolution).
- Punkt 2: Die IKÖ besteht aus Mitgliedern und Kandidaten. Mitglied der IKÖ kann nur sein, wer ihr Programm und ihre Statuten anerkennt, für ihr Programm aktiv eintritt, regelmäßig seinen Mitgliedsbeitrag leistet und als Mitglied anerkannt ist. Der Mitgliedschaft geht eine Kandidatur voraus, die der Schulung und Bewährung dient. Mitglieder haben beschließende, Kandidaten beratende Stimmen.
- Punkt 3: Die Zuerkennung der Mitgliedschaft erfolgt durch Leitungsbeschluss. Der Mitgliedsbeitrag wird von der Konferenz festgesetzt. Wesentlich höhere als Arbeitereinkommen unterliegen grundsätzlich einer von der Organisation bestimmten progressiv gesteigerten Organisationssteuer.
- Punkt 4: Die Organisation ist nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut.
- Punkt 5: Diesem Prinzip entspricht:
- a) Wahl aller Funktionäre durch die gesamte Mitgliedschaft bzw. durch deren Delegierte;
 - b) Parteidisziplin aller Mitglieder und Kandidaten in organisatorischer und politischer Hinsicht;
 - c) gleiche Rechte und Pflichten aller Mitglieder;
 - d) Gewährung der Minderheitsrechte;
 - e) Verantwortlichkeit und periodische Rechenschaftslegung aller Funktionäre gegenüber der gesamten Mitgliedschaft bzw. deren Delegierten;
 - f) Zentralismus in der organisatorischen und politischen Führung;
 - g) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
- Punkt 6: Für die Dauer der illegalen Kampfperiode sind Ausnahmen zu Punkt 5a, c, d, e zulässig.

- Punkt 7: Das oberste Organ der IKÖ ist die Organisationskonferenz. Diese tagt mindestens einmal jährlich und setzt sich aus den durch die Mitgliedschaft nach einem jeweils durch die Leitung festzusetzenden Schlüssel gewählten Delegierten zusammen. Jedes Mitglied kann zur Konferenz Anträge stellen. Die Organisationskonferenz bestimmt die politische Linie der Organisation und entscheidet in letzter Instanz organisatorische Fragen. Eine außerordentliche Tagung ist möglich, sobald sie mindestens ein Drittel der Mitgliedschaft oder die Leitung fordert.
- Punkt 8: Oberstes Beschluß- und Exekutivorgan in der Zeit zwischen den Organisationskonferenzen ist die Leitung, deren Mitglieder gleiche Rechte und Pflichten haben.
- Punkt 9: Die Leitung trägt vor der Gesamtorganisation die politische und organisatorische Verantwortung.
- Punkt 10: Die Wahl der Leitung erfolgt auf der Organisationskonferenz durch die gesamte Mitgliedschaft bzw. durch deren Delegierte. Im Falle des Ausscheidens eines Leitungsmitgliedes während der Funktionsperiode steht der Leitung das Kooptierungsrecht zu.
- Punkt 11: Innerhalb der Leitung wird ein politisches und ein organisatorisches Büro gebildet.
- Punkt 12: Im Rahmen der Organisation wird eine Redaktion gebildet, welche den Weisungen des PB entsprechend die volle Verantwortung für alle Veröffentlichungen trägt. Zur Wahrung der politischen Linie der Organisation muß der Redaktion mindestens ein Mitglied des PB angehören.
- Punkt 13: Die unterste Einheit der Organisation ist die Zelle. Eine jeweils zu bestimmende Anzahl von Zellen bildet ein Gebiet. Die Anzahl der Gebiete wird durch die Leitung festgesetzt.
- Punkt 14: An der Spitze eines jeden Gebietes steht die Gebietsleitung, welche die politische und organisatorische Verantwortung für das Gebiet gegenüber der Leitung trägt.
- Punkt 15: Einhaltung und Durchführung aller Organisationsbeschlüsse ist unbedingte und oberste Pflicht aller Mitglieder und Kandidaten.
- Punkt 16: Jedem Mitglied und Kandidaten obliegt die Verpflichtung zur Fraktionsarbeit, die in Unterordnung unter die zuständige Gebietsleitung zu leisten ist.
- Punkt 17: Jedes Mitglied und jeder Kandidat ist zur größtmöglichen Solidarität und brüderlichen Hilfe gegenüber den IKÖ und den Sektionen der 4. Internationale Angehörigen verpflichtet.
- Punkt 18: Innerhalb der Leitung wird jeweils ein dreigliedriger Untersuchungs- und Strafausschuß gebildet, der alle Verstöße gegen die Organisationsdisziplin untersucht und darüber entscheidet. Gegen seine Entscheidung besteht Einspruchsrecht an die Organisationskonferenz, deren Entscheidung endgültig ist.
- Punkt 19: Diese Statuten bleiben solange in Kraft, bis sie eine Abänderung durch die Organisationskonferenz erfahren.

RESOLUTION ÜBER DIE PRESSE

(Von der Konferenz einstimmig angenommen)

1. Die Konferenz billigt den Bericht der Redaktion. Sie bestätigt die in ihm vorgeschlagenen Richtlinien der künftigen redaktionellen Arbeit.
2. Die Leitung wird beauftragt, nach folgenden Gesichtspunkten eine Redaktion zu bilden:
 - a) Die Redaktion ist ein außerhalb der Leitung stehendes, jedoch ihr untergeordnetes und verantwortliches Organ.
 - b) Die Leitung ist in der aus einer ungeraden Anzahl zu bildenden Redaktion durch mindestens ein Mitglied des Pol-Büros vertreten, dem die Leitung der Redaktion obliegt.
 - c) Die übrigen Redaktionsangehörigen werden ausschließlich von der Leitung bestimmt; sie müssen Mitglieder der IKÖ, jedoch nicht Leitungsmitglieder sein.
 - d) Die Redaktion hat das Recht, aus den Reihen der Organisation Genossen zur Mitarbeit heranzuziehen; sie ist für diese der Leitung verantwortlich. Die Organisierung und planvolle Ausweitung eines solchen Mitarbeiterstabes muß zu den wesentlichen Aufgaben der Redaktion gehören.
 - e) Über die Veröffentlichung von Artikeln entscheidet die Redaktion mit Mehrheitsbeschluß, solange kein anderer Beschluß des Pol-Büros vorliegt.
 - f) Alle⁵⁰ zustandekommenen redaktionellen Artikel erscheinen ungezeichnet, ebenso nichtredaktionelle Artikel, solange sie mit den Auffassungen der Redaktion übereinstimmen, alle anderen Artikel sind zu zeichnen.
 - g) Beim Auftreten taktischer Differenzen hat die Redaktion, solange sich nicht das Pol-Büro einschaltet, an dessen Beschlüsse sie auf alle Fälle gebunden ist, selbständiges Beschlusrecht. Beim Auftreten prinzipieller Differenzen entscheidet nur die Leitung; es genügt hierbei, daß eine Differenz von einer Seite als prinzipielle erklärt wird.
3. Die zu bildende Redaktion wird mit den im Bericht vorgesehenen Arbeiten betraut.

RESOLUTION ÜBER KASSA UND SOLIDARITÄT

(Von der Konferenz einstimmig angenommen)

1. Die Konferenz nimmt den Solidaritäts- und Kassabericht zur Kenntnis und erteilt der Leitung die Entlastung.
2. Die Konferenz beschließt, den Mitgliedsbeitrag von S 3,- auf S 2,- herabzusetzen.

=====